

# Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle:  
Tageblatt Riess,  
General Nr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Stöbenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Weißen beiderseits bestimmte Blatt.

Verlagsstelle:  
Dresden 1890,  
Groszschäfer  
Riessa Nr. 22.

Nr. 272.

Mittwoch, 23. November 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bahn. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Beschädigungen der Presse und Materialverluste behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 20 mm breiten, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Mellemzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitwörter und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Zahlungen und Erfüllungsort: Riessa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen können Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Dauter & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Grotzschäfer 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Gitzsch, Riessa.

## Der europäische Brandherd.

Eine auch nur oberflächliche Betrachtung all der Konfliktmöglichkeiten im Bereich der europäischen Diplomatie führt zu der Erkenntnis, daß die meisten dieser Krisen, so latent sie im Augenblick vielleicht sind, im Balkan-Herd den für ihre Entwicklung günstigen Boden gefunden haben. Die Mittelmeerpolitik Russlands wird im Augenblick nicht mehr an der Spitze, sondern auf dem Balkan selbstbewußt und konsequent eingeleitet. Die italienisch-französische Spannung findet weniger in einem diplomatischen Notenwechsel als mehr in Ereignissen Ausdruck, die sich in Jugoslawien oder Bulgarien, also auch auf dem Balkan, abspielen. Wo sich also Gefahren für den europäischen Frieden ausbreiten, da weisen sie auf den Balkan. Hier ist ein Brandherd, der nie zum Erlischen kommen will und auch nicht zum Erlischen kommen kann, solange die Unentziehlichkeiten und die Willkür der Friedensverträge nicht in ihr Gegenteil verandelt werden. Schließlich sind es auch außerordentliche lokale Spannungen, die die Ruhe des Balkans gefährden. Rumänien, das Land, dem der Weltkrieg den größten Welt-Gewinn bescherte, befindet sich mitten in einer seine Entwicklung schwer hemmenden Krise. Mit hartnäckigster Zähigkeit und einer Gerissenheit, die wenige europäische Politiker aufzubringen vermögen, kämpft dort Ministerpräsident Bratianu mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, gegen die immer mehr sich ausbreitende carollistische Bewegung. Das Volk selbst ist in zwei Gruppen zerfallen. Wenn der endgültige Sieg ausfallen wird, ist ungewiß, schließlich auch für die europäische Lage unerheblich. Die rumänische Gefahr für den Balkanfrieden wäre in dem Augenblick behoben, wo es entweder Bratianu oder der Partei des Kronprinzen Carol gelang, den endgültigen Sieg sich zu sichern. Im Hinblick auf die letzten Ereignisse ist es jedoch recht unwahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit die bestmögliche Lösung der rumänischen Frage praktisch zu lösen, was heißt, die Schwäche des Gegners auszunutzen, um sich wieder in den Besitz dieses an Bodenreichtum so reichen Landes zu setzen. Eine solche besorgniserregende Aktion wäre nur ein Signal für andere Aktionen. Bulgarien und Ungarn haben ihren Besitzverlust noch nicht vergessen. Sie werden also sicherlich nicht abgesehen, in dem Augenblick einzugreifen, wo die innere Schwäche Rumäniens und die Haltung Sowjetrusslands Chancen bieten, die ausgenutzt werden können.

Der größte Grundstoff der Balkan-Gefahr liegt jedoch nicht in Rumänien, sondern in den Gebieten, die von einer mazedonischen Bevölkerung bewohnt werden. Damit soll nicht gesagt werden, daß die mazedonische Bewegung selbst die durch die Friedensverträge geschaffene Lage auf dem Balkan gefährden muß. Aber unmissverständliche Anzeichen deuten darauf hin, daß die mazedonische Bewegung im Spieß der großen Nationen ausgenutzt werden soll. Die Frage, ob es ein mazedonisches Volkstum mit eigener Kultur und Sprache gibt, sei unerörtert. Jedenfalls ist festzustellen, daß die Mazedonier selbst sich meistens als dem bulgarischen Volkstum zugehörig bezeichnen. Diese Tatsache ist schon daraus hervor, daß im Jahre 1912 die „innere revolutionäre mazedonische Organisation“, kurz genannt die „Imro“, achtzehn eigene Bataillone aufstellte und sie im Balkankrieg nicht Belgrad sondern Bulgarien zur Verfügung stellte. Die Friedensverträge haben das mazedonische Volk zwischen Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien aufgeteilt. Der weitaus größte Teil des mazedonischen Landes kam unter die Staatshoheit Belgrads und Athens, nur ein Bruchteil des Gebietes wurde Bulgarien einverleibt. Während die mazedonische Bevölkerung im heutigen Bulgarien bereits vollkommen mit dem Staat vermischt ist, stehen die mazedonischen Volkstruppen in Griechenland und Jugoslawien mitten im schwersten Kampf gegen die militärische Assimilierungspolitik der Regierungen von Athen und Belgrad. Kennzeichnend für die mazedonische Bewegung ist die Tatsache, daß sowohl die Mazedonier im Nachbarreich Belgrad als auch die im Nachbarreich Athens Bulgarien als den Vorkämpfer der mazedonischen Einheit bezeichnen. Bis jetzt hat es die bulgarische Regierung vermieden, in die mazedonischen Bewegungen innerhalb Südslawiens und Griechenlands einzugreifen. Der Abschluß des jugoslawisch-französischen Freundschaftsvertrages stellt Sofia jedoch vor eine ganz neue Situation. Der Anschluß nach Belgrad ist versagt, woraus sich für die Regierung in Sofia der Zwang ergibt, den unbedingt notwendigen Anschluß irgendwo anders zu suchen. Die bevorstehende Verlobung des Königs Boris von Bulgarien mit der italienischen Prinzessin Giovanna zeigt die Richtung, in der dieser Anschluß gesucht werden soll. Nimmt man so zur Kenntnis, daß Frankreich in Jugoslawien und Italien unter Umständen in Bulgarien Bundesgenossen für sich auf dem Balkan erworben haben, so erhält man in großen Zügen ein Bild davon, wie der französisch-italienische Konflikt ausgetragen werden soll. Die Spitzen der französischen und auch der italienischen Politik bewegen sich in der mazedonischen Bewegung, also mitten auf dem Balkan. Man weiß also, wohin man den Blick zu wenden hat, wenn man den Brandherd Europas suchen will.

## Vortrag beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichspräsident hat heute den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, zum Vortrag empfangen.

## Wiederbeginn der Reichstagsfikungen.

### Stimmungsbild.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Wenn man heute zu Beginn der ersten Sitzung der Winterkession die Häuser unserer Leben sieht, so kann man nur mit einiger Betrübnis feststellen, daß so manches „neue Haus“ fehlt, dessen Bausteine das deutsche Volk mit 600 Mark monatlich zu honorieren pflegt. Verdenken kann man es allerdings keinem Reichsboten, der sich um diese Sitzung herumgedrückt hat. Der einzige Gegenstand von Bedeutung, der auf der Tagesordnung steht, ist der Handelsvertrag mit Frankreich, und um den redet sich heute kein Mensch mehr auf, denn er ist längst in Kraft getreten. Auch die schöne Rede kann keinen Buchstaben mehr an ihm ändern. Die Abgeordneten haben einfach „ja“ so lauten und damit Schluss.

Bevor man aber soweit gekommen ist, war noch eine endlose Reihe von Formalitäten zu erledigen. Ein paar deutsche Gerichte freiden lebend ihre Arme nach ein paar württembergischen und kommunistischen Abgeordneten aus. Im Ausschuss wird man sich darüber unterhalten, ob man auf ihre wertvolle Mitarbeit ein paar Monate lang verzichten kann. Dann — Vorlagen, Vorlagen, es wird einem schwarz vor Augen. Reichsduldschein und Beamtenbesoldung, Strafrechtsreform und Liquidationsgesetze, Rentenversicherung und Wahlrechtsreform und ... „Nachbarin, über die Mädchen!“

Der Reichstag hat also ein krammes Arbeitsprogramm vor sich und wird gut daran tun, möglichst bald an diese Vorlagen heranzugreifen und sich nicht allzu lange bei den Kleinigkeiten aufzuhalten. Die Ecken, die verdrückten heißen Ecken anzurühren, ist ja verständlich, aber es hilft doch nun einmal alles nichts. Also frisch ans Werk! Auf der Brückung des mittleren Zuschnersbalkens, auf dem sich eine ganze Reichswehrkompanie etabliert hat, um politischen Anschauungsunterricht zu empfangen, steht ein wertvoller, vierediger Kasten, von dem man nicht recht weiß, was er vorstellen soll. Die einen sagen, Kinoapparat, die anderen Vogelbauer. Schließlich erzählt man, daß das die neue Radioanlage ist. Vorläufig liegt zwar noch der aus zwingenden Gründen gefasste Beschluß vor, das Reichstagsplenum nicht ans Radio anzuschließen, aber man will offenbar für alle Eventualität gerüstet sein. Man möchte wünschen, daß dieser Beschluß so bald wie möglich fällt. Das deutsche Volk hat unbedingt das Recht, mit eigenen Ohren zu hören, welche Weisheiten seine Vertreter im Reichstag von sich geben. Ein Vierteljahr Reichstagsfikung mit Radioanschluß — und die Wahlreform ist unaufhaltsam.

von Berlin, 22. November.

Der Reichstag trat heute nach der vierwöchigen Pause wieder zu einer kurzen Sitzung zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam, wie bereits gestern kurz berichtet, der nationalsozialistische Abg. Müller auf die Vorgänge in der letzten Sitzung zurück, in der durch seinen Einspruch die dritte Beratung und damit die Beratung der Vorlage zugunsten der Sozialrentner im Saargebiet verhindert wurde. Abg. Müller meinte, man habe ihm ganz zu unrecht wegen seines Verhaltens schwere Vorwürfe gemacht, denn die Reichspräsidenten des Oberverwaltungsamts habe erproben, daß er durchaus im Rechte gewesen sei. An solche Erklärungen darf nach der Geschäftsordnung keine Rücksicht genommen werden. Die Angelegenheit ist übrigens inzwischen auf dem Verordnungswege erledigt worden, so daß eine dritte Beratung der nun von der Regierung zurückgezogenen Vorlage überflüssig geworden ist.

Abg. Hübel (Komm.) wendet sich gegen eine neue Verordnung des Arbeitsministers, die er als den ersten Schritt zum Abbau der Krisenfürsorge bezeichnet. Er verlangt die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, der sich gegen diese Verordnung richtet.

Die Beratung des kommunistischen Antrages wird abgelehnt. Eine dritte Novelle zum Hypothekendarlehen und der Gesetzgebung über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverhältnissen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten werden dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Der deutsch-französische Vertrag über den Bau einer Eisenbahn durch das Schwarzwald wird ohne Debatte in allen drei Lesungen, der deutsch-tschechische Vertrag über die Regelung der Grenzverhältnisse in erster und zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des deutsch-französischen Handelsabkommens.

Abg. Grosse (Komm.) bezeichnet den Vertrag als ein neues Bekenntnis zur Hochschuttpolitik. Die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs habe sich verständigt auf Kosten der Verbraucherstaaten beider Länder.

Abg. Wiffel (Soz.) weist die Ansicht zurück, daß durch das deutsch-französische Handelsabkommen das hohe Zollniveau irgendwie gesenkt worden sei. Daß die autonomen Zollsätze bei Handelsverträgen gesenkt werden müßten, sei schon bei ihrer Festlegung als selbstverständlich betrachtet worden. Keine Industrie dürfe deshalb behaupten, daß sie bei dem Abkommen mit Frankreich geopfert worden sei. Daß die autonomen Zollsätze bei Handelsverträgen gesenkt werden müßten, sei schon bei ihrer Festlegung als selbstverständlich betrachtet worden. Keine Industrie dürfe deshalb behaupten, daß sie bei dem Abkommen mit Frank-

reich „geopfert“ worden sei. Bei künftigen Handelsverträgen müßten wesentliche Zollvermindrungen eintreten. Das Verprechen des Reichswirtschaftsministers auf Revision des Zolltarifs im Sinne der Genfer Wirtschaftskonferenz werde leider in sehr schleppendem Tempo eingelöst. Das deutsch-französische Handelsabkommen entspreche nicht den Wünschen der Sozialdemokraten, aber es bedeute doch einen weiteren Schritt auf dem Wege der deutsch-französischen Verständigung.

Abg. v. Nischhofen (Dem.) sieht in dem Abschluß des Abkommens einen erheblichen Fortschritt. Im Interesse des deutschen Weinhandels müsse aber ein anderes Verfahren bei der Veranschlagung der Weine in den Zollagern verlangt werden. Als eine Frucht der Genfer Wirtschaftskonferenz sei die Einführung des Schiedsverfahrens bei Meinungsverschiedenheiten aus dem Abkommen zu begrüßen.

Ministerialdirektor Hoffe vom Reichswirtschaftsministerium erklärt, die im Oktober beschlossenen Verhandlungen mit der französischen Regierung über den Warenabtausch mit dem Saargebiet seien in den letzten Tagen wieder aufgenommen worden. Ueber die Verzögerung der noch in den Zollagern liegenden französischen Weine seien gerade jetzt Beratungen im Gange. In der Frage der allgemeinen Zollsenkung werde sich die Regierung mit der Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation äußern.

Damit schließt die Aussprache.

Der Vertrag wird in erster und zweiter Beratung angenommen. Der sofortigen Vornahme der dritten Beratung widersprechen die Nationalsozialisten.

Um 17 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des deutsch-französischen Handelsabkommens und des deutsch-tschechischen Grenzvertrages sowie die erste Beratung des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages.

Auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) stellt Präsident Pöbe mit, daß die Regierung die Vorlage für die Sozialrentner im Saargebiet zurückgezogen habe, weil die Angelegenheit inzwischen im Verordnungswege erledigt worden sei.

## Fractionsfikungen im Reichstag.

von Berlin. Nach der Veranlassung des Reichstags tagten am Dienstag abend noch die Fraktionen der Deutschnationalen und der Demokraten.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion nahm den Bericht ihrer Vertreter in den Ausschüssen des Reichstages entgegen. In der Sitzung der demokratischen Fraktion berichtigte der Abg. Dernburg über die Tätigkeit des Reparations-Ausschusses beim Reichsfinanzministerium. Die Fraktion beschloß sich dann u. a. mit Entwurfsfragen, der Reichsdienstleistungsordnung und dem Stande der Arbeiten in den großen Reichstagsausschüssen.

## Interfraktionelle und Fraktionsbesprechungen über Rentenrentnerfragen.

von Berlin. Im Reichstage war gestern nachmittags eine interfraktionelle Besprechung über die Rentenrentnerfrage, an der auch der Reichsfinanzminister teilnahm. Eine Sonderbesprechung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns mit Vertretern der Deutschnationalen (siehe hier an. Der Deutsche Abg. Sta.) zufolge besteht starke Aussicht auf ein Kompromiß, das den Rentenrentnern u. a. härtere Garantien für die Inanspruchnahme der Reichsrentlinien in die Hand geben soll. Das Ausmaß der Beiträge zur Verringerung der Rote der Rentenrentner müsse mit der Finanzlage des Reichs in Einklang gebracht werden.

## Der Vorkonferenzrat des Reichstages.

Berlin. (Funkpruch.) Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß heute, vom Sonnabend dieser Woche bis Mittwoch nächster Woche einschließlich eine Pause in den Plenarsitzungen festzusetzen zu lassen, um dem Hausabtausch die Möglichkeit zu geben, während dieser Zeit die Beschlüsse der Verhandlungen in erster Lesung zu erledigen.

Der Wohnungsausgleich müßte gleichzeitig das Mietzuschußgesetz bis dahin erledigt haben, da die Dauer des alten Gesetzes am 11. Dezember abläuft.

Am Donnerstag nächster Woche soll die Wirtschaftspolitische Kommission der Sozialdemokraten, die sich auch mit der Rede des Reichspräsidenten Dr. Ebert beschäftigen wird, zur Beratung kommen.

## Um den Wehretat.

von Berlin. Bekanntlich ist man im Reichsfinanzministerium bereits mit der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1928 beschäftigt. Wie wir erfahren, bestehen noch Differenzen über den Wehretat, da dieser von Dr. Köhler als zu hoch bezeichnet worden ist. Köhler hat sich das Reichswehrministerium jedoch, wie wir erfahren, noch nicht bereit erklärt, an seinem Haushaltsplan Änderungen zu machen zu lassen. Soweit wir unterrichtet sind, deadblichkeit Dr. Köhler, die Angelegenheit dem Reichsministerium zur Entscheidung zu unterbreiten.